

SANS-PAPIERS: ILLEGAL DURCH DIE KRISE

Und plötzlich sind sie sichtbar

Die Sans-Papiers in der Schweiz trifft die Corona-Krise besonders hart. Sie verloren von einem Tag auf den anderen ihre Jobs und stehen nun stundenlang Schlange für ein Essenspaket. Wie überlebt man das? VON SARAH JÄGGI

Am vergangenen Samstag war es wieder so weit. 2900 Menschen, 300 mehr als noch vor einer Woche, standen ab acht Uhr morgens für zwölf Kilogramm Überlebenshilfe an – und das in der reichen Schweiz.

In normalen Zeiten sind es Hilfswerke, die mit ihren Spendenaufrufen an die Bevölkerung gelangen. In Genf ist es in diesen außerordentlichen Tagen die Stadt selbst, die auf ihrer Website einen »appel aux dons« lanciert und um Unterstützung bittet. Man möge doch Lebensmittel oder Hygieneartikel bereitstellen oder sich als Helfer einschreiben für die nächste Essensverteilung in der Patinoire des Vernets, dem lokalen Eishockeystadion.

Diese Woche packten die freiwilligen Helfer in die Tragtaschen: Toilettenpapier, Duschmittel und Shampoo, Seife, Damenbinden und Zahnbürsten, Reis, Teigwaren, Öl und Linsen, Haferflocken, Zucker und löslichen Kaffee, Sardinen, Trockenfrüchte und frische Tomaten, Kartoffeln, Stangensellerie und Früchte.

Neben den Obdachlosen, Drogensüchtigen und den Ausgesteuerten, die sich scheuen, beim Sozialamt anzuklopfen, waren es vor allem Sans-Papiers, die in den kilometerlangen Schlangen vor der Patinoire des Vernets standen. Das zeigte eine Befragung von Ärzten ohne Grenzen.

Aber wer sind diese Menschen, die stets im Verborgenen leben, immer in Angst, von den Behörden entdeckt zu werden, und die nun, in der Corona-Krise, plötzlich für das ganze Land sichtbar werden?

Marianne Halle leitet in Genf die Anlaufstelle für Sans-Papiers. Der Eindruck sei falsch, dass die Not in Genf größer als in anderen Schweizer Städten sei, sagt sie: »Der Unterschied ist lediglich, dass die Spenden hier an einem einzigen Ort verteilt werden und das Schicksal der Menschen so an die Öffentlichkeit dringt.«

In Zürich stehen die Überlebensrationen in der Kirche, zum Beispiel vor dem Altar der katholischen Pfarrei Felix und Regula beim Bullingerplatz im Kreis 4. Ein großer Korb mit selbst gefüllten Lebensmittelsäcken, »für unsere Freunde und Freundinnen«. Daran hängt ein Flyer mit einer Liste, was gespendet werden kann, und warum: »Was ihr für einen dieser Geringsten getan habt, das habt ihr mir getan.«

Nicht allzu weit davon entfernt lebt Edda Ramirez*. Die Südamerikanerin wohnt für ein paar Monate in einer Wohnung, die bald abgerissen wird. Das Türklingelschild fehlt, auf dem Briefkasten klebt nur ein Stück Papier, darauf steht, in Kinderschrift, der Name ihrer zehnjährigen Tochter Amanda*.

Edda Ramirez ist eine zierliche, kleine Frau in schwarzen Leggings und einem bedruckten T-Shirt. Sie bittet hinein und schließt rasch die Wohnungstür hinter sich zu, lebt sie doch in ständiger Angst, entdeckt zu werden.

Sie bezahlt ihre Rechnungen stets pünktlich in bar am Postschalter. Sie grüßt die Nachbarn, aber eine Freundschaft lässt sie daraus nicht entstehen.



Besonders vorsichtig ist sie, wenn sie in der Stadt unterwegs ist. Sie steigt nie ohne Billett in ein Tram. Sie weiß von anderen Papierlosen, was passiert, wenn sie in eine Kontrolle gerät. Die Polizei wird gerufen, sie wird auf den Posten mitgenommen, vom Migrati-onsamt einvernommen und hat anschließend nur wenige Tage, um die Schweiz zu verlassen. Oder man steckt sie direkt in Ausschaf-fungshaft.

Edda Ramirez kam vor 13 Jahren in die Schweiz. Nach einem Ausweis gefragt wurde sie seither noch nie. »Gracias a dios!«, sagt sie, »ich habe ja keinen.« Ramirez fragt, ob es möglich sei, in der Küche zu reden, dort fühle sie sich ungestört. Dann schickt sie die Tochter ins Schlafzimmer. »Sie weiß nicht, dass wir illegal sind«, sagt ihre Mutter entschuldigend. »Sie spricht so viel mit ihren Freundinnen, ich kann nicht sicher sein, dass sie das Geheimnis nicht weitererzählt.«

In der Küche stehen zwei Stühle an einem kleinen Campingtisch. Ramirez gießt zwei Tassen Instantkaffee auf. Alles, sagt sie und zeigt auf die Orchideen und Sukkulente, die auf der Küchenablage stehen, habe sie ge-schenkt bekommen. »Die Leute sind hilfs-bereit.« Auch der Fernseher sei ein Geschenk gewesen, der sei aber defekt.

Die 40-Jährige verdient ihr Geld mit Ar-beiten in Privathaushalten. Putzen, waschen, bügeln, Kinder betreuen. Wenn es gut lief, also vor der Corona-Krise, kam sie auf 2000 Franken im Monat. Netto, denn Abzüge gibt es für eine Illegal nicht. Ihre Ausgaben hat sie im Kopf, auf den Franken genau: 900 Franken für die Wohnung, 318 für die Krankenkasse, 134 für das Verkehrsabo, 100 Franken für den Mittagstisch der Tochter, ein reduzierter Tarif. Mit dem Rest, 548 Franken, kauft sie Lebensmittel und was sonst noch anfallt. »Je weniger, desto besser, dann kann ich mehr nach Hause schicken.« Dafür neh-me sie dieses Leben auf sich: »Um meinen Kindern eine bessere Zukunft zu ermögli-chen.«

Ihre drei ältesten Kinder ließ Edda Rami-rez vor 13 Jahren zurück, als sie aus Paraguay in die Schweiz kam. Das jüngste war damals sechs Monate alt, sie hat es seither nie mehr gesehen. »Me tccca«, sagt sie, »es berührt mich.« Und wischt sich mit dem Handrücken über die Augen.

Edda Ramirez' Geschichte ist typisch für eine Sans-Papier: Über eine Bekannte fand sie in die Schweiz. Bei ihr kam sie in den ersten Wochen unter, dann zog sie von einer Woh-nung zur anderen, zuerst allein, später mit Amanda. Nun leben die beiden zum ersten Mal in einer eigenen Wohnung. Wohin sie danach umziehen, weiß sie nicht.

Wie viele Sans-Papiers es in der Schweiz gibt, weiß niemand. Die Schätzungen liegen zwischen 80.000 und 300.000 Personen. Allein im Großraum Zürich könnten es 28.000 sein. Viele kommen wie Edda Ramirez mit einem Touristenvisum in die Schweiz und reisen nicht mehr zurück. Andere werden zu Sans-Papiers, wenn sie ihre Aufenthaltsbewil-ligung verlieren, nachdem sie kriminell oder sozialhilfebedürftig geworden sind oder wenn ihr Asylantrag abgelehnt wird.

Nimmt man die Statistiken der Beratungs-stelle aus Zürich zum Maßstab, dann gibt es

Illustration: Spond von Larwenen für DIE ZEIT

ANZEIGE

ZEIT VERANSTALTUNGEN

ZEITMAGAZIN IM GESPRÄCH MIT GÜNTHER UECKER

MIT EINER WÜRDIGUNG VON JOACHIM GAUCK

28. MAI 2020 · LIVESTREAM



Günther Uecker



Christoph Amend



Joachim Gauck

Günther Uecker gehört zu den renommiertesten Künstlern der Nachkriegs-generation. Die Verse des persischen Dichters Hafis inspirierten ihn zu 42 druckgrafischen Arbeiten, zu sehen ab dem 29. Mai 2020 in der Kunsthalle Rostock. Arbeiten von acht iranischen Künstlern ergänzen die Ausstellung.

Schon am Abend vor der Eröffnung spricht Christoph Amend, Chefredakteur des ZEITmagazins, mit Uecker über dessen Künstlerleben, seine Liebe zum Iran und die aktuelle Ausstellung. Joachim Gauck würdigt den Künstler in einem einleitenden Gespräch mit Christoph Amend.

Livestream: Facebook ZEITmagazin | Beginn: 18.30 Uhr
Informationen unter: www.zeit.de/veranstaltungen
Folgen Sie uns: @ZEITVST @zeit_veranstaltungen

Eine Veranstaltung von:
ZEITMAGAZIN

In Kooperation mit:
Kunsthalle Rostock

Exklusive Vorteile für unsere Abonnenten
www.Freunde.zeit.de

Freunde
der ZEIT

Foto: Maxime Tourni, Ezzard J. Dierckx, Uecker: Alexander Zwiwek, Gauck: Barbara Griefel & Co. / V&C, Büchner: Rostock, Hamburg

Heikle Hilfe

Es ist gar nicht so einfach, wenn der Staat diejenigen unterstützen will, die illegal im Land sind. Die Städte versuchen es trotzdem **VON BARBARA ACHERMANN UND SARAH JÄGGI**



hierzulande mehr papierlose Frauen als Männer. Die größte Gruppe kommt aus Lateinamerika. Gut ein Fünftel aller Beratungen betreffen Kinder.

Die zehnjährige Amanda kam in Zürich zur Welt und spricht perfekt Mundart. Im vergangenen Winter konnte sie sogar an einem Skilager teilnehmen, ihr Traum ist es, einmal ein Pferd zu reiten. Wie alle Kinder in der Schweiz hat sie das Recht, zur Schule zu gehen. Die Lehrer sind aufgefordert, die papierlosen Kinder, 9000 sollen es sein, nicht nach ihrem Aufenthaltsstatus zu fragen und sie nicht bei den Behörden zu melden.

Auch Amanda besitzt keine Identitätskarte, keinen Pass, die Geburtsurkunde ist ihr einziges Dokument. Reisen ins Ausland sind unmöglich, und wenn sie ihre Mutter manchmal fragt, wann sie endlich einmal die Familie in Paraguay besuchen, dann schweigt Edda Ramirez.

Im Moment hat sie aber andere Sorgen. Sie hat keine Arbeit mehr. Wie so viele andere Papierlose.

Die Anlaufstelle für Sans-Papiers in Basel liegt in einem unscheinbaren Haus in Kleinbasel. In einem winzigen Büro arbeiten zwei Frauen. Es herrscht Hochbetrieb. Gut 300 der etwa 5000 Sans-Papiers in Basel werden unterstützt. Mit Naturalien, Medikamenten, mit Geld und Beratungen. Zur Bewältigung der Krise erhielt die Beratungsstelle 150.000 Franken vom Kanton. Geld, mit dem ermöglicht werden soll, dass sich alle Menschen, auch die illegal Anwesenden, an die Corona-Massnahmen halten können; beispielsweise ihre Miete weiter bezahlen, damit sie zu Hause bleiben können und nicht auf der Straße landen (lesen Sie dazu den nebenstehenden Artikel).

Egal ob die Papierlosen in Privathaushalten putzen, waschen, Kinder hüten, ob sie als Maurer, Zügelmänner, Velokuriere, Betagrenbetreuerinnen oder Erntehelferinnen arbeiten, sie tun dies schwarz, sie sind nicht versichert und haben weder Anspruch auf Arbeitslosen- noch auf Sozialhilfegeld. Viele von ihnen verloren mit dem Beginn der Corona-Krise von einem Tag auf den andern ihre Stellen – finanzielle Reserven haben sie keine.

So wie die Frau, die im Besprechungszimmer der Basler Beratungsstelle wartet. Sie trägt eine dunkelblaue, elegante Rüschenbluse, das schwarze Haar fällt über das feine Gesicht. »Encantada!«, sagt sie, »sehr erfreut!« Es tue ihr leid, dass man sich nicht einmal richtig begrüßen, also umarmen könne. Wie sie heißt, sagt sie nicht. »Nennen Sie mich Ester, das ist ein schöner Name.« Dann erzählt sie, wie unwohl es ihr in Basel sei, weil kaum mehr Leute auf der Straße und immer mehr Polizisten unterwegs sind. Das Risiko, in eine Kontrolle zu geraten, sei riesig. »Es ist gefährlich.« Sie vertraue sich kaum, spazieren zu gehen oder in ein Tram zu steigen.

Auch das Virus bereitet der 38-jährigen große Sorge. Sie hat Angst um ihren Vater in der Dominikanischen Republik, um den 20-jährigen Sohn in Spanien, um ihre Mutter. Diese lebt schon eine Weile in Basel und war der Grund, warum auch Ester der Armut im eigenen Land vor bald vier Jahren entflohen. »Cambiar de vida«, das Leben verändern, Geld verdienen und mit Rimessen die Familie unterstützen.

Nun hat sie schlaflose Nächte und Magenbeschwerden, weil sie von einem Tag auf den andern die Arbeit verloren hat. Die Lehrerin, der betagte Mann, die Familie, sie alle sagten: Wir brauchen dich im Moment nicht, wir machen das jetzt selber.

Die Leute, die Sans-Papiers anstellen, sind nicht nur Superreiche, sondern durchschnittliche Menschen, Schweizer sowie Expats, manche wohlhabend, andere mittelständisch. So erzählen es die Angestellten verschiedener Beratungsstellen.

Wer großzügig war, bezahlte Ester 20 Franken auf die Stunde und legte das Geld auf den Küchentisch. Bei anderen war es weniger, und es sei auch schon vorgekommen, dass jemand gar nicht bezahlt habe. »Man geht dann halt nicht mehr hin und hat das Geld verloren.«

Auf ihren Lohn pochen konnte sie damals so wenig, wie sie heute durchsetzen kann, dass ihr die Arbeitgeber, für die sie regelmäßig tätig ist, den Lohn weiterbezahlen, obwohl die Zusammenarbeit in keinem Vertrag geregelt ist. Das Risiko, in einem rechtlichen Verfahren aufzuliegen, ist ihr viel zu hoch. Sie ist froh, dass die Anlaufstelle sie für einige Monate finanziell unterstützen kann.

Während der anderthalb Stunden, die sie erzählt, kommen ihr immer wieder die Tränen. Jedes Mal entschuldigt sie sich, nimmt ein Taschentuch und erzählt weiter. »Bestimmt denken Sie: Was hat die nur? Basel ist eine schöne Stadt, eine sichere dazu. Es ist warm, und die Sonne scheint, und sie könnte ja spazieren gehen. Was gibt es da zu weinen?« Sie glaube, dass man nur verstehen könne, wie verzweifelt sie sei, wenn man erlebe, was sie erlebe. »Ich habe mein Land verlassen, um die Dinge zu verändern!«

Dann weint sie wieder. Fasst sich wieder. Und berichtet von den Treffen in der Latino-Gruppe. Einmal im Monat kommt sie mit Frauen und Männern aus Venezuela, Kolumbien, Bolivien und Peru zusammen. Im Moment rede man vor allem über die Corona-Krise, erkläre sich gegenseitig, was auf den Plakaten des Bundesamtes für Gesundheit stehe, spreche über Distanzregeln, Handhygiene und darüber, dass es hierzulande keine Ausgangssperre gibt.

Aber auch das andere große Thema wird diskutiert: »Nadie es ilegal!«, sagt Ester. Niemand ist illegal. Sie kennt die Härtefallregel, dank der es ab und zu jemandem gelingt, eine Aufenthaltsbewilligung zu erhalten. Die Hürden allerdings sind hoch, eine Chance hat nur, wer finanziell unabhängig ist, Deutsch

spricht, keine Schulden und einen einwandfreien Leumund hat – und jahrelang als Sans-Papier überlebt hat. Familien müssten fünf, Einzelpersonen zehn Jahre in der Schweiz sein, um überhaupt ein Gesuch stellen zu können. »Wir sind Teil dieser Gesellschaft. Wir verdienen unser Geld und bezahlen unsere Wohnung. Wir möchten auch Steuern bezahlen und ganz dazugehören!«, sagt Ester.

Als einziger Kanton hat Genf vor einigen Jahren mit der »Operation Papyrus« in einem Pilotversuch die geschätzten 13.000 Sans-Papiers eingeladen, sich um einen legalen Status zu bewerben. Die Bedingungen, die man dafür erfüllen musste, waren ähnlich hoch wie bei der Härtefallregel. Mit der Aktion wurden bis Anfang dieses Jahres 2390 Sans-Papiers legalisiert und so aus der Anonymität geholt. Eine Auswertung zeigte später, dass die Operation nicht nur das Leben der Betroffenen leichter gemacht hat, sondern auch einen positiven Effekt auf den Arbeitsmarkt und die Sozialversicherungen hatte: Die nun legalen Arbeitskräfte bezahlten 5,7 Millionen Franken in die Sozialversicherungen ein, belasteten den Sozialstaat aber nicht zusätzlich. Weniger als ein Prozent der ehemaligen Papierlosen wurde zu Sozialhilfebezügern. Trotzdem wird das Projekt nicht weitergeführt.

Hätte Edda Ramirez in Genf gelebt, hätte sie sich um eine Aufenthaltsbewilligung bewerben können. Allerdings wäre sie an ihren fehlenden Sprachkenntnissen gescheitert. »Ich muss arbeiten, so viel es geht. Wie soll ich da noch einen Kurs besuchen?«, fragt sie.

Auch sie erhält im Moment finanzielle Unterstützung über die Anlaufstelle. Wie es danach weitergeht, weiß sie nicht.

Bereut sie manchmal, dass sie hergekommen ist? Nein, sagt Edda Ramirez. Und erzählt von ihrem Leben in Paraguay: »Ich war Haushaltungsangestellte und musste die ganze Woche in der Familie leben, für die ich gearbeitet habe. Ich war auch dort getrennt von meinen Liebstens. Hier ist mir wenigstens ein Kind geblieben. Ihm schenke ich die ganze Liebe, die ich den andern nicht geben kann.«

Und wieder einmal geht Genf voran. An diesem Montag hat die Kantonsregierung entschieden, dass sie 15 Millionen Franken lockermachen will. Sie sollen all jenen Menschen zugutekommen, die wegen der Corona-Krise ihre Arbeit verloren haben, aber weder gegen einen Jobverlust versichert sind noch Sozialhilfe oder einen staatlichen Notkredit beanspruchen können. Auch Sans-Papiers, die sich illegal im Kanton aufhalten und in diesem Frühling ihre Aufträge als Nannys, Putzfrauen, Bauarbeiter und Hundesitter verloren haben. Sie stehen nun vor dem Nichts und warten in kilometerlangen Schlangen vor dem lokalen Eishockeystadion auf ihre Essensration (siehe Artikel nebenan).

Vom Geld profitieren sollen Menschen, die seit mindestens zwölf Monaten im Kanton leben und seit mindestens drei Monaten einer Arbeit nachgehau. Der Staat möchte ihnen bis zu 80 Prozent ihres verlorenen Einkommens entschädigen, das sie zwischen Mitte März und Mitte Mai verloren haben. Der Staatsrat rechnet damit, dass bis zu 3000 Menschen mit einem Beitrag rechnen können. Der Gesetzesentwurf liegt nun beim Großen Rat.

Marianne Halle, die in Genf die Anlaufstelle für Sans-Papiers leitet, begrüßt das Millionenprojekt der Regierung, bleibt aber skeptisch: »Das ist ein wichtiges politisches Zeichen«, sagt sie. Entscheidend sei aber, ob die bedürftigen Menschen auch tatsächlich Gelder aus dem Hilfsfonds erhalten würden.

Trivial ist es nämlich nicht, wenn ein Staat jenen Menschen, die sich aus seiner Sicht illegal im Land aufhalten, helfen will. Es beginnt damit, dass die die Sans-Papiers keine Arbeitsverträge haben. Und weil niemand ohne Aufenthaltsbewilligung ein Bankkonto eröffnen kann, erhalten sie ihren Lohn in bar ausbezahlt. Kurzum, sie haben weder Lohnausweise, mit denen sie ihr Einkommen belegen könnten, noch Kontoaus-

züge, die zeigen würden, dass sie tatsächlich gearbeitet haben.

Auf Anfrage der ZEIT heißt es beim Genfer Sozialdepartement: Sobald das Parlament das Gesetz gutgeheißen hat, können Unterstützungsansträge gestellt werden. Ihren Auftraggeber müssen die Sans-Papiers dabei nicht nennen, aber glaubhaft machen, dass sie beruftsichtig waren. Das könne zum Beispiel mit Verträgen, Überweisungen oder SMS-Nachrichten geschehen. »Wir sind daran, alle Modalitäten vorzubereiten. Klar ist, dass die Geschsteller ihre Identität nennen müssen!«, sagt Mediensprecher Henri Della Casa.

Noch vor Genf hat Basel auf die Notlage der Sans-Papiers reagiert. Bereits Ende März beschloss der Regierungsrat, die Anlaufstelle für Sans-Papiers mit einem einmaligen Betrag von 150.000 Franken zu unterstützen. Bei 300 Sans-Papiers, welche die Anlaufstelle direkt betreut, wären das durchschnittlich rund 500 Franken pro Person.

Auch die Stadt Zürich wickelt ihre Soforthilfe über die private Anlaufstelle ab. Diese sorgt dafür, dass das Geld diskret zu den Sans-Papiers kommt. Mitarbeiterinnen fragen die Hilfesuchenden, woran es ihnen mangelt, und beantragen anschließend bei der Stadt die notwendigen Mittel. Das aktuelle Kostendach für die Finanzierung des sogenannten Grundbedarfs – dazu zählen die Miete oder die Ausgaben für Lebensmittel – beträgt 150.000 Franken. Zusätzlich übernimmt die Stadt Zürich, wenn nötig, die Gesundheitskosten, die in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie entstehen. Falls das Geld nicht reicht, stockt der Kanton den städtischen Betrag um 50.000 Franken auf.

Die Städte bewegen sich mit ihren Hilfszahlungen auf politisch vermintem Terrain. »Natürlich können wir es nicht zulassen, dass jemand in der Schweiz auf offener Straße verhungert!«, sagte der Zürcher SVP-Politiker Stefan Urech im Tages-

Anzeiger. Dennoch sei es eine heikle Frage, wie der Staat auf die Not der Sans-Papiers reagieren soll. »Wenn der Staat Leute unterstützt, die illegal im Lande sind, dann signalisiert er damit, dass sie eigentlich nichts Illegales tun und er ihr Verhalten gutheißt. Das ist paradox.« Finanziell geradestehe müssten auch jene, welche die Sans-Papiers illegal beschäftigen, ihnen aber in der Krise die Weiterbezahlung des Lohnes verweigern.

Im Vergleich zu Basel und Zürich sind die Zuwendungen aus der Berner Stadtkasse für die Sans-Papiers bescheiden. Die Anlaufstelle erhielt aus dem Hilfsfonds der Direktion für Bildung, Soziales und Sport gerade mal 30.000 Franken. »Damit unterstützen wir die Sans-Papiers, die wegen der Krise ihre Miete und ihre Krankenkassenprämien nicht mehr bezahlen können oder kein Geld mehr haben, um Lebensmittel einzukaufen!«, sagt Karin Jenni von Sans-Papiers Bern. Auch in Bern müssen die Ratsuchenden zu einem Abklärungsgespräch kommen, bevor sie einen Überbrückungsbeitrag erhalten. Mit dem städtischen Beitrag können momentan ein Dutzend Personen, die ohne Aufenthaltsbewilligung in der Stadt leben, drei Monate lang unterstützt werden.

80.000 bis 300.000 Menschen leben zurzeit illegal in der Schweiz. Die staatlichen Sans-Papiers-Hilfsprogramme reichen bisher aber lediglich, um einen Bruchteil der Betroffenen zu unterstützen. Wären da nicht noch die Spenden von Privaten, der Kirchen oder der Glückseligen, hätte das Geld in Bern, Basel, Zürich und Genf nicht einmal für genügend Essenspakete gereicht.



Corona und die Aluhüte

In Deutschland wird gegen Corona demonstriert, in der Schweiz und Österreich bleibt es relativ ruhig. Was verrät das über unsere Länder?

Darüber sprechen im Podcast »Servus, Grüezi. Hallo.« die beiden ZEIT-Korrespondenten Matthias Daum aus Zürich und Florian Gasser aus Innsbruck mit Lenz Jacobsen von ZEIT ONLINE in Berlin.

www.zeit.de/alpenpodcast

ANZEIGE

ZEIT EDITION

TATORT WISSENSCHAFT

DIE ZEIT-EDITION »WISSENSCHAFTS-THRILLER«

8 THRILLER IM SCHUBER FÜR NUR 89,95 €*

ANDREAS BRANDHORST

DER INFORMATIK-THRILLER

DAS ERWACHEN

JETZT BESTELLEN: SHOP.ZEIT.DE/THRILLER @ ZEITSHOP@ZEIT.DE 040/32 80-101

*zzgl. 4,95 € Versandkosten | Bestell-Nr.: 32658 | Anbieter: Zeitverlag Georg Büchner Verlag GmbH & Co. KG, Büchnerstraße, Hamburg

Mitarbeit: Barbara Achermann

*Die beiden Sans-Papiers heißen eigentlich anders. Wir haben ihre Namen zu ihrem Schutz geändert